

Einwohnerfragestunde am 23. Januar 2013

Fragesteller 2: HerrFredri Schott

Vergabe von Räumlichkeiten an die NPD

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie wird das Bezirksamt Neukölln auf die NPD-Veranstaltung am 16.02.2013 im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz politisch reagieren?

Antwort der Abteilung Finanzen und Wirtschaft vertreten durch Herrn BzBm Heinz Buschkowsky

Wie in der Beantwortung der ersten Frage bereits mitgeteilt, hat das Bezirksamt nach Eingang der Anfrage die Rechtsprechung der vergangenen Jahre überprüft, ob sich neue Anhaltspunkte für eine Versagung der Raumnutzung ergeben haben. Da dies nicht der Fall war und die NPD nach wie vor eine rechtlich legitimierte Partei ist, sieht das Bezirksamt juristisch keine Möglichkeiten, eine Nutzung zu verweigern. Für den der NPD übersandten Nutzungsvertrag konnte noch kein Rücklauf verzeichnet werden. Allerdings hat die Partei per Email vom 19.01.2013 dessen Eingang für Ende dieser Woche avisiert.

Das Bezirksamt kann es menschlich nachvollziehen, dass immer wieder die Forderung erhoben wird, der NPD trotz eindeutiger Rechtslage die Raumüberlassung zu verwehren und diese stattdessen gerichtlich anordnen zu lassen. Das Bezirksamt ist jedoch an Recht und Gesetz zwingend gebunden. Hinzu kommt, dass derartige vorsätzlich gefasste rechtswidrige Verwaltungsentscheidungen weder den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates noch dem Amtseid von Bezirksamtsmitgliedern entsprechen. Und im Übrigen ist das Schwarzer-Peter-Spiel mit der dritten Gewalt auch nicht gerade ein Ausdruck von Fairness, sondern eher ein Zeichen, sich der politischen Verantwortung nicht stellen zu wollen.

Das Bezirksamt kann ich Ihnen versichern, dass es alles rechtlich Mögliche unternommen wird, um der NPD den Nährboden für ihre unsäglichen politischen Ideologien in Neukölln zu entziehen. Wie bereits in der Vergangenheit, wird Herr Bezirksstadtrat Szczepanski als Beauftragter des Bezirksamtes Neukölln für Fragen des Rechtsextremismus auch weiterhin den Dialog mit Verbänden, Organisationen und Netzwerken suchen und aufrecht erhalten, um ein unmissverständliches Zeichen gegen rechte Gesinnung zu setzen. Hierzu gehören beispielsweise die Initiierung und Unterstützung politischer Diskussionen und Infoveranstaltungen, die Zusammenarbeit mit Polizei, Landesantidiskriminierungsstelle und „Mobiler Beratungsstelle gegen Rechts“, die Unterstützung von Opfern rassistischer Übergriffe oder die persönliche Teilnahme an Aktionen gegen rechtsextremistische Aktivitäten.

Buschkowsky
Bezirksbürgermeister